

# SCHLAGLICHT

Informationen Kommentare Empfehlungen

## Die Sonderregelung für die Krankenversicherung endet zum 31.12.2018

### Konsequenzen, Möglichkeiten, Empfehlungen

#### Wesentliches im Überblick

Im Zuge der Einführung der Einkommensteuerpflicht für die Einnahmen aus der Kindertagespflege zum 01.01.2009 wurde die Sonderregelung für die Krankenversicherungsbeiträge für Kindertagespflegepersonen im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) eingeführt. Sie galt ursprünglich bis Ende 2013. Bereits zweimal wurde diese Sonderregelung im SGB V verlängert. Sie gilt nun noch bis zum 31.12.2018.

*In § 10 SGB V zur Familienversicherung ist wie folgt ausgeführt:*


*(1) Versichert sind der Ehegatte, der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern (...), wenn diese Familienangehörigen*

*4. nicht hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind und*

*5. kein Gesamteinkommen haben, das regelmäßig (...) (435,00 €, in 2018, Anm.d.Red.) überschreitet (...); für geringfügig Beschäftigte (= Angestellte, Anm.d.Red) (...) beträgt das zulässige Gesamteinkommen 450 Euro.*

*Eine hauptberufliche selbständige Tätigkeit im Sinne des Satzes 1 Nr. 4 ist nicht (...) anzunehmen, (...) bis zum 31. Dezember 2018 für eine Tagespflegeperson, die bis zu fünf gleichzeitig anwesende, fremde Kinder in Tagespflege betreut.*

#### Was besagt die derzeitige Regelung?<sup>1</sup>

 **Beiträge sollten am Einkommen orientiert gezahlt werden.**

Diese Regelung besagt, dass diejenigen, die durchschnittlich bis zu 435,00 € steuerpflichtiges Einkommen erzielen, als Verheiratete in der Familienversicherung verbleiben können, wenn der Ehepartner gesetzlich krankenversichert ist.

Wer als Kindertagespflegeperson zwischen 435,00 € und 1.015,00 € steuerpflichtiges Einkommen monatlich erzielt und nicht mehr als fünf gleichzeitig anwesende Kinder betreut, kann nach einer Vereinbarung der GKV Spitzenverbände nach einer vereinfachten Prüfung durch die Krankenkasse den Mindestbeitrag von 142,10 € zahlen.

Wer über 1.015,00 € steuerpflichtiges Einkommen erzielt, kann auf Nachweis seines realen steuerpflichtigen Einkommens prozentual als freiwillig selbstständig Tätige/r mit 14,0 % (ohne Krankengeld) an Krankenversicherungsbeiträgen eingestuft werden.

Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 2.283,75 € (Mindestbemessungsgrundlage gem. § 240 Abs. 4 SGB V) geht man von einer hauptberuflich selbstständigen Tätigkeit aus. Die Regelbemessungsgrenze

<sup>1)</sup> Die hier genannten Beträge beziehen sich auf das Jahr 2018. In der Regel ändern sich diese jährlich geringfügig.

für selbstständig Tätige liegt bei 4.425,00 €.

In jedem Fall ist der öffentliche Jugendhilfeträger verpflichtet, die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge zu erstatten (§ 23 Abs. 2 Nr. 4). Auch die Hälfte der Beiträge für eine angemessene Krankentagegeldversicherung gehört nach Auffassung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dazu (siehe Fakten und Empfehlungen<sup>2</sup>).

Bei einigen Krankenkassen kann man sich bereits jetzt als hauptberuflich selbstständig Tätige/r einstufen lassen, um die Zahlung von Kranken- und Mutterschaftsgeld mit abzusichern. Dabei wird orientiert an der Mindestbemessungsgrundlage von 2.283,75 € ein Beitrag von 14,6% erhoben (= mind. 333,43 €) oder bei höherem Einkommen entsprechend prozentual errechnet.

### Was ändert sich ab 2019?





In der Familienversicherung könnten nur diejenigen verbleiben, die sowohl weniger als halbtags Kinder betreuen als auch unter einem steuerpflichtigen Einkommen von unter 435,00 € pro Monat bleiben.

Für diejenigen, die selbst als freiwillige Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, wird ab 01.01.2019, wenn die Sonderregelung nicht mehr gilt, grundsätzlich die Mindestbemessungsgrundlage für selbstständig Tätige angewandt auch wenn dieses Einkommen nicht erzielt wird. Dies würde bedeuten, dass in jedem Fall 14,0% bzw. 14,6 % (inkl. Krankengeld) von 2.283,75 € an Beiträgen anfallen (= 319,73 € bzw. 333,43 €).

Nach §240 SGB V kann auch eine Regelung bei der Krankenkasse beantragt werden, die die „*gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds berücksichtigt*“ (Härtefallregelung). In diesem Fall können als Beitragsbemessungsgrundlage an steuerpflichtigen Einnahmen 1.522,50 € angenommen werden. Neben diesen Einnahmen des Mitglieds selbst sowie seinem Vermögen werden auch Einnahmen und Vermögen von Personen, mit denen das Mitglied in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, berücksichtigt. Bei Anwendung dieser Regelung ergäbe sich ein Beitrag von 222,29 €.

Der Grundsatz der hälftigen Erstattung der Krankenversicherungsbeiträge nach § 23 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII bleibt auch dann bestehen.

Der Zusatzbeitrag, der auch bisher schon von den Krankenkassen erhoben werden kann, beträgt in der Regel ca. 1%. Dieser Beitrag wird in einigen Kommunen ebenfalls erstattet.

-  **Nicht alle Kinder-**
-  **tagespflegeper-**
-  **sonen betreuen**
-  **immer fünf Kinder.**

Auch wenn aufgrund von Minderauslastung nur ein geringeres Einkommen erzielt wird, werden die Krankenversicherungsbeiträge nach Auslaufen der Sonderregelung nach der Bemessungsgrundlage von 2.283,75 € berechnet, es sei denn, die Mitversicherung durch die Familienversicherung (§10 SGB V) ist möglich. Dabei spielt die Höhe des Stundensatzes keine erhebliche Rolle. Selbst wenn die Finanzierung im Sinne des Modells einer leistungsgerechten Vergütung des Bundesverbandes für Kindertagespflege strukturiert wäre, würden unverhältnismäßig hohe prozentuale Belastungen der Kindertagespflegepersonen anfallen, wenn nicht alle Kinder in Vollzeit betreut werden und die Kindertagespflegeperson dennoch nach der Mindestbemessungsgrundlage von 2.283,75 € eingestuft wird.


2) [http://www.handbuch-kindertagespflege.de/fileadmin/Dokumente/Kapitel\\_1/IV\\_FaktenundEmpfehlungenBMFSFJ\\_Stand\\_16.01.2018.pdf](http://www.handbuch-kindertagespflege.de/fileadmin/Dokumente/Kapitel_1/IV_FaktenundEmpfehlungenBMFSFJ_Stand_16.01.2018.pdf)

## Was ändert sich für wen?

- Kindertagespflegepersonen müssen ggf. damit rechnen, höhere Krankenversicherungsbeiträge zu leisten. Dafür besteht regelmäßig auch ein Anspruch auf Kranken- sowie Mutterschaftsgeld nach den geltenden Bestimmungen.
- Träger der öffentlichen Jugendhilfe müssen sich darauf einstellen, die umfänglicheren Beiträge hälftig zu erstatten. Dies muss in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden und könnte die Ausbaubemühungen der Kommunen bremsen. Aus diesem Grund hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG – am 02.06.2017 die nochmalige Verlängerung der Sonderregelung bis Ende 2021 gefordert<sup>3</sup>.

## Hintergründe

Nach wie vor erzielen die meisten Kindertagespflegepersonen nicht ein steuerpflichtiges Einkommen von 2.283,75 € (Stand: 2018), welches als Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherung für eine hauptberufliche Tätigkeit angenommen wird.

**Die meisten Kindertagespflegepersonen müssen 2019 mehr zahlen.**

Das steuerpflichtige Einkommen ist das bereinigte Einkommen (Entgelt für die Förderleistung + Sachkostenpauschale nach Abzug der Betriebskostenpauschale). Bei einer Belegung mit 5 Kindern in Vollzeit müssten insgesamt 2.283,75 € + 5x300,00 € Betriebskostenpauschale = 3.783,75 € erzielt werden, was einer Pauschale pro Kind von 756,75 € pro Kind/Monat bzw. 4,72 € pro Kind/ Stunde<sup>4</sup> entspräche.

Allerdings werden die Kindertagespflegestellen überwiegend weder mit der maximalen Anzahl von 5 Kindern belegt noch eine Vollzeitbetreuung in Anspruch genommen.

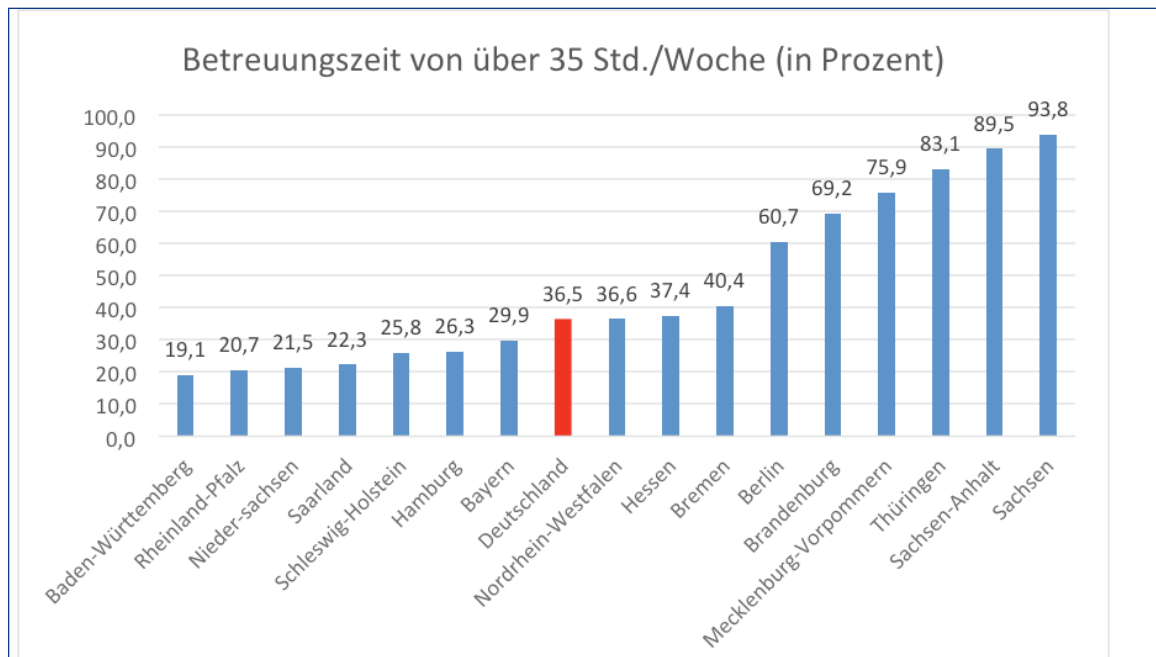
## Analyse Destatis (2017): Wie viele Kindertagespflegepersonen betreuen wie viele Kinder wie viele Stunden?

Durchschnittlich werden nur 36,5 % der Kinder in Kindertagespflege über 35 Stunden in der Woche betreut. In fünf Bundesländern trifft das sogar nur für maximal ein Viertel der betreuten Kinder zu. Lediglich in den östlichen Bundesländern und Berlin ist die Quote der über 35 Stunden betreuten Kinder über 60 %. Über 80 % Vollzeitbetreuung wird nur in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen geleistet.

Für die Kindertagespflegepersonen bedeutet das, dass sie ihr Betreuungsangebot nicht hundertprozentig auslasten können oder wollen. Damit einher geht u.U. auch die Frage des auskömmlichen Einkommens und auch die Frage der hauptberuflichen oder nebenberuflichen Tätigkeit.

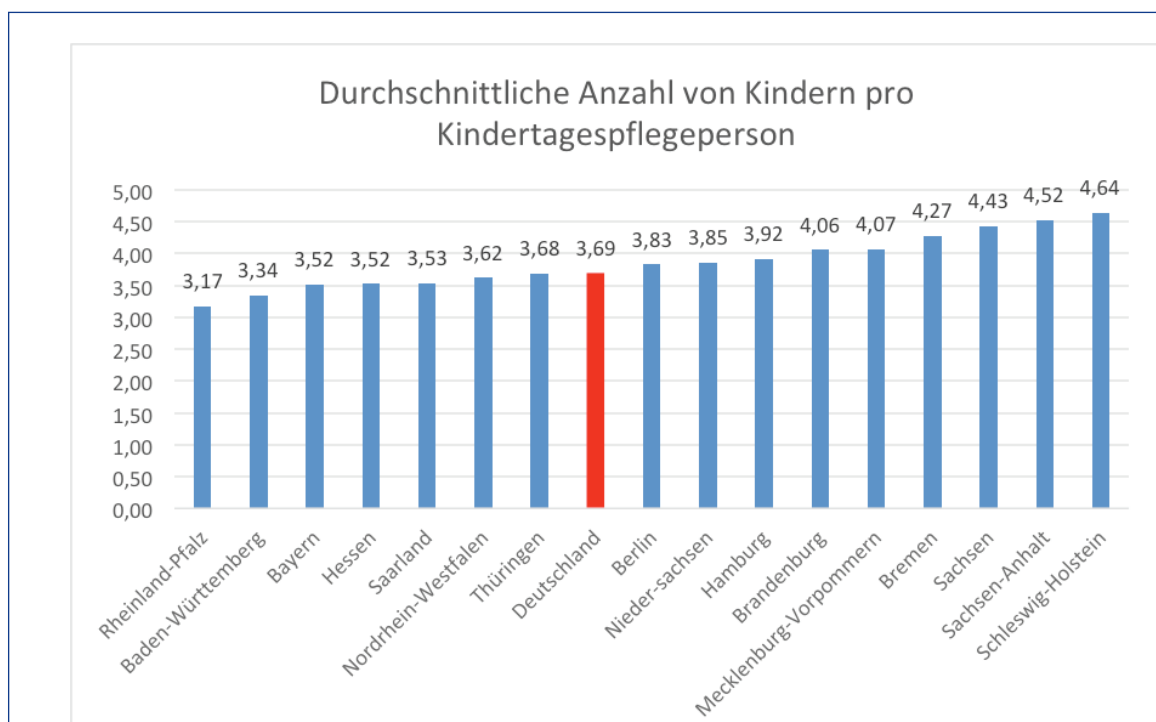
<sup>3</sup>) Veröffentlicht in der Bundesratsdrucksache 314/17

<sup>4</sup>) Bei 160 Betreuungsstunden im Monat



(Quelle: Destatis 2017, eigene Darstellung)

In Deutschland wurden insgesamt im Durchschnitt 3,69 Kinder pro Kindertagespflegeperson betreut. Die Werte schwanken zwischen knapp über 3 Kinder (3,17) in Rheinland-Pfalz und über 4,6 Kinder (4,64) in Schleswig-Holstein. In den Stadtstaaten Hamburg (3,92), Berlin (3,83) und vor allem Bremen mit über 4 Kindern (4,27) werden mehr Kinder als im Bundesdurchschnitt betreut, ebenso in den östlichen Bundesländern. Von den westlichen Flächenbundesländern sticht Schleswig-Holstein als mit dem Spitzenwert von mehr als 4,6 Kindern pro Kindertagespflegeperson hervor.

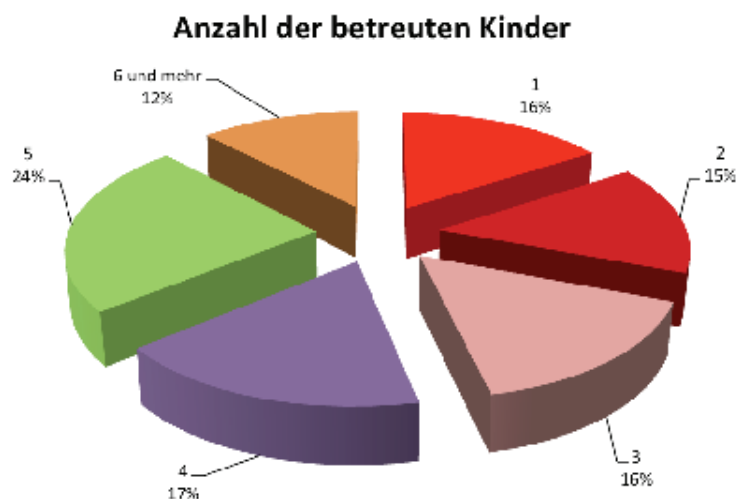


(Quelle: Destatis 2017, eigene Darstellung)

Die EU-Empfehlung einer Betreuer-Kind-Relation liegt für Kinder bis 3 Jahre bei 1:3. Nach Analyse der Statistik aus 2017 betreuen fast ein Drittel (31 %) der Kindertagespflegepersonen bzw. Kindertagespflegestellen 2-3 Kinder. Dies ist das Modell der klassischen Kindertagespflege und entspricht den o.g. Empfehlungen. Auch diejenigen, die 4 Kinder betreuen (17%), lasten die maximale Belegung nicht aus. Lediglich ein gutes Drittel ist mit 5 und mehr Kindern belegt (36%). Zur Berechnung der leistungsgerechten Vergütung ihrer Tätigkeit wird häufig die Vollbelegung mit 5 Kindern vorausgesetzt.

Die Anzahl derer, die nur ein Kind betreuen (16%) ist ggf. vom Auslaufen der Sonderregelung nicht betroffen, weil sie vielleicht in der Familienversicherung mitversichert sein können. Seit einigen Jahren ist jedoch zu bemerken, dass die Betreuung im Haushalt der Eltern zumeist nur eines Kindes rückläufig ist.

Daraus resultiert mindestens rechnerisch, dass überwiegend nicht davon ausgegangen werden kann, dass ein auskömmliches Einkommen erzielt wird, welches eine hauptberuflich selbstständige Tätigkeit annehmen lässt, zumal, wenn es keine Abstufung bezüglich des altersabhängigen bzw. individuellen Förderbedarfs gibt.



(Quelle: Destatis 2017, eigene Darstellung)

## Beispiel: Berlin

In Berlin sind 1599 Kindertagespflegepersonen tätig. Sie betreuen insgesamt 6122 Kinder. Mindestens 1371 Kindertagespflegepersonen (85,7%) müssten mit höheren Beiträgen rechnen. Lediglich diejenigen, die 10 Kinder zu zweit im Verbund als Großtagespflegestelle mehr als durchschnittlich 9 Stunden pro Tag betreuen, erzielen ein steuerpflichtiges Einkommen, welches über der Mindemstungsgrundlage liegt. Das Land Berlin hat seine Beträge zur Anerkennung der Förderungsleistung am TVöD orientiert errechnet<sup>5</sup>.

## Beispiel: Neumünster

In Neumünster sind 79 Kindertagespflegepersonen tätig. Sie betreuen insgesamt 347 Kinder. 69 Kindertagespflegepersonen (82%) müssten nach Auslaufen der Sonderregelung mit höheren Beiträgen rechnen.

<sup>5</sup>) Laut Auskunft der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin

Nur 14 Kindertagespflegepersonen erzielen auch jetzt bereits ein Einkommen, das über der Mindestbemessungsgrundlage liegt<sup>6</sup>.

## Beispiel Landkreis Oder-Spree in Brandenburg

Gemäß der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree könnten von den dort tätigen 48 Kindertagespflegepersonen nur diejenigen ein steuerpflichtiges Einkommen von 2.283,75 € erreichen, die über eine abgeschlossene pädagogische Berufsausbildung und regelmäßige Weiterqualifizierung verfügen, mehr als 41 Stunden pro Woche 5 Kinder betreuen und nach der höchsten Entgeltstufe bezahlt werden. Dies können theoretisch nur maximal 10 Kindertagespflegepersonen sein, weil nur insgesamt 50 Kinder über 40 Stunden pro Woche betreut werden. Ob diese 10 Personen die o.g. Voraussetzungen erfüllen, lässt sich leider nicht ermitteln. Es ist zu vermuten, dass mindestens 75% oder deutlich mehr Kindertagespflegepersonen zukünftig höhere Beiträge für die Krankenversicherung zahlen müssten.

## Berechnung auf der Grundlage des TVöD

Die Grundlage für die Berechnung der Lohnkostenzuschüsse im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege bildete der TVöD SuE Entgeltgruppe 2. Die aktuellen Beträge des TVöD SuE 2 bewegen sich zwischen 2.106,31 € und 2579,59 €. Nimmt man dies als Grundlage für die Errechnung eines Einkommens bei Vollzeitbetreuung von fünf Kindern, müsste man mindestens nach der Entgeltstufe 4 eingestuft sein, (nach mindestens 6 Jahren Betriebszugehörigkeit) um ein Einkommen gemäß der Mindestbemessungsgrundlage zu erzielen.

## Aus der Praxis ist bekannt,

- dass die Minderbelegung häufig durch die Kindertagespflegepersonen selbst vorgenommen wird, um dem Förderbedarf der Kinder gerecht zu werden,
- dass die vollzeitliche Betreuung von den Kindertagespflegepersonen selbst häufig nicht gesteuert werden kann, weil sich die Betreuungszeit in der Regel nach der Arbeitszeit der Eltern bzw. dem Betreuungsbedarf der Kinder richtet,
- dass Kindertagespflegepersonen zumeist eine längere Betreuungszeit insgesamt am Tag vorhalten müssen, weil die Kinder aufgrund der Betreuungsbedarfe zeitlich versetzt betreut werden. In der Zeit, in der die Plätze nicht voll belegt sind, muss dennoch die gesamte Betreuungsleistung auch für weniger Kinder ausgeführt werden und sie kann nicht für anderweitige Tätigkeiten verwendet oder zur Erholung genutzt werden.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes für Kindertagespflege am 06.05.2017 wurde das Thema mit den anwesenden Mitgliedern des Bundesverbandes in einer Kleingruppe diskutiert. Dabei wurde problematisiert, dass unter den gegebenen Umständen und der derzeitig praktizierten Finanzierungsstruktur eine Einstufung als hauptberuflich Selbstständige die Betreuung von 2-3 Kindern nicht mehr rentabel sein würde. Dabei würde ggf. der Kerngedanke der Kindertagespflege (Betreuung in einer kleinen Gruppe, flexible Betreuungszeiten usw.) gefährdet sein.

Eine private Krankenversicherung wird von den Diskutant/-innen nicht als Alternative gesehen, weil diese  
6) Laut Auskunft des Jugendamts Neumünster.

zumeist erheblich teurer ist.

Rücklagen für den Fall einer langfristigen Krankheit zur Absicherung eines Verdienstaufbaus zu bilden, wird als sehr problematisch angesehen und es wird befürchtet, in einem solchen Fall auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Aus diesem Grund wird die Möglichkeit des Abschlusses einer Krankengeldversicherung als sehr sinnvoll erachtet.

## Ein Blick auf die Krankenversicherung

Laut Aussagen des Bundesministeriums für Gesundheit verursacht die Sonderregelung für die Kindertagespflege jährlich ca. 40 Mio. Beitragsdefizit für die gesetzliche Krankenversicherung.

Andererseits: *„Die Beitragsschulden der Kassenpatienten sind seit Einführung der Krankenversicherungspflicht im Jahr 2007 nahezu explodiert. Auf 7,045 Milliarden Euro summierten sich die Außenstände aller Krankenkassen im Juli 2017, so bestätigte der GKV-Spitzenverband am 07.09.2017 laut Deutscher Presse-Agentur. (...) Mit Blick auf Zahlen des Bundesversicherungsamtes zeigt sich, dass vor allem sogenannte Solo-Selbstständige mit kleinem Einkommen bei den Kassenbeiträgen finanziell überfordert sind. Das sind solche Unternehmer, die keine eigenen Angestellten haben. So entfällt mit 5 Milliarden Euro der Löwenanteil der Schulden in die Kategorie der „freiwilligen Selbstzahler“, zu der vor allem Selbstständige gehören. (...) Wie prekär die Situation für viele Selbstständige ist, zeigt eine [Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK](#) aus dem Jahr 2016. Demnach verdient ein Drittel aller gesetzlich versicherten Selbstständigen – beziehungsweise 600.000 Personen von 2,16 Millionen – ein Bruttoeinkommen von durchschnittlich 787 Euro im Monat“<sup>7</sup>.*

Der GKV-Spitzenverband empfiehlt in seinem Positionspapier vom 28. Juni 2017: *„Zur solidarischen Beitragsfinanzierung gehört, dass einzelne Mitgliedergruppen finanziell nicht überfordert werden. Dies gilt auch für die anwachsende Gruppe der hauptberuflich selbstständig Erwerbstätigen, die zumeist selbst keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen („Solo-Selbstständige“) und vielfach beitragspflichtige Einnahmen deutlich unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze erzielen. Die geltenden Regelungen der Beitragsfestsetzung für selbstständig Erwerbstätige, inklusive der gesetzlich vorgegebenen Mindestbemessungsgrenzen, wird der veränderten Lebens- und Einkommenssituation dieser Mitgliedergruppe nicht mehr gerecht. Die gesetzlichen Vorgaben sind daher so zu gestalten, dass eine finanzielle Überforderung manipulationssicher ausgeschlossen wird“<sup>8</sup>.*

## Aktuelle Entwicklungen

Im Koalitionsvertrag<sup>9</sup> zwischen CDU/CSU und SPD wurde vereinbart: „Um kleine Selbstständige zu entlasten, werden wir die Bemessungsgrundlage für die Mindestkrankenversicherungsbeiträge von heute 2283,75 Euro auf 1150 Euro nahezu halbieren“. Sofern dies auch für Kindertagespflegepersonen gilt, kann das sehr positiv sein.

7) Vgl.: Krankenkasse - Schulden der Kassenversicherten explodieren (08.09.2017): <https://www.versicherungsbote.de/id/4858326/Krankenkasse-Schulden-Kassenpatienten-explodieren/> (zuletzt abgerufen am 08.01.2018)

8) GKV Spitzenverband: Positionspapier des GKV-Spitzenverbandes für die 19. Legislaturperiode 2017–2021, S.17.

9) [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2018.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf)

# SCHLAGLICHT

## Empfehlungen des Bundesverbandes für Kindertagespflege ■

- Eine prozentuale Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge orientiert am realen steuerpflichtigen Einkommen wäre eine adäquate Lösung, so, wie es die Sonderregelung derzeit für diejenigen vorsieht, die über 1.015,00 € an steuerpflichtigem Einkommen erzielen. Damit wäre auch eine Gleichbehandlung mit denjenigen, die die Kindertagespflege im Angestelltenverhältnis ausüben bzw. auch allen anderen Arbeitnehmern erreicht.
- Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Senkung der Mindestbemessungsgrundlage auf 1.150,00 € muss zügig umgesetzt werden, um noch im laufenden Jahr 2018 für die Kindertagespflegepersonen und die Kommunen Planungssicherheit herzustellen.
- Der Status der hauptberuflichen Selbstständigkeit mit der Möglichkeit einer Krankengeldversicherung würde unverhältnismäßige Härten im Krankheitsfall vermeiden sowie die Zahlung von Mutterschaftsgeld beinhalten.  
Dieser Umstand entspräche auch der Auffassung des BSG, wonach Kindertagespflegepersonen als besonders schutzwürdiger Personenkreis im Sinne der Sozialgesetzbücher gelten.
- Sollte die Sonderregelung alternativlos auslaufen, müssten adäquate Regelungen des Ausgleichs getroffen werden, um die Mehrbelastung der Kindertagespflegepersonen abzufedern (z.B. höhere Zuschüsse zu den Beiträgen der Krankenversicherung – wäre auch kommunal bzw. landesspezifisch regelbar, Absenkung der Mindestbemessungsgrundlage - bundesweit).
- Die Anwendung der Härtefallregelung nach §240 SGB V, ist nicht zu empfehlen, da hierbei neben den Einnahmen das Vermögen des Mitglieds sowie das Einkommen und Vermögen von Personen, die mit dem Mitglied in Bedarfsgemeinschaft leben (nicht dauernd getrenntlebende Ehegatten oder Lebenspartner, eheähnliche Gemeinschaft) berücksichtigt wird.
- Sofern bis Ende 2018 keine grundlegende finanzielle Neuregelung erreicht werden kann, müsste die Sonderregelung nochmals verlängert werden, um einen erheblichen Verlust an Kindertagespflegeplätzen zu verhindern.

Korrigierte Version, April 2018

### Literaturhinweise

Vierheller, Iris (2015): Die Sonderregelung zur Einstufung in der Kindertagespflege in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung - Rechtslage und Ausblick ab 2016 (Expertise im Auftrag des Landesverbandes für Kindertagespflege Baden-Württemberg, Stand 31. März 2015), online abrufbar unter: [www.kindertagespflege-bw.de/wp.../FV\\_Expertise\\_KV\\_Vierheller\\_31032015\\_01.pdf](http://www.kindertagespflege-bw.de/wp.../FV_Expertise_KV_Vierheller_31032015_01.pdf) (Zugriff am 12.01.2018)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Fakten und Empfehlungen zu den Regelungen in der Kindertagespflege. Online abrufbar unter: <http://www.handbuch-kindertagespflege.de/1-wegweiser/12-gesetzliche-grundlagen/125-fakten-und-empfehlungen-zu-den-regelungen-in-der-kindertagespflege/> (Zugriff am 12.01.2018)

Die „Schlaglichter“ sind Diskussionsgrundlage und Orientierung für die Kindertagespflege. Sie erscheinen je nach aktuellem Anlass.



**BUNDESVERBAND FÜR  
KINDERTAGESPFLEGE**  
Bildung. Erziehung. Betreuung.

### Herausgeber

Bundesverband für Kindertagespflege e.V., Baumschulenstr. 74, 12437 Berlin,  
Tel.: 030-7809 7069, [info@bvkt.de](mailto:info@bvkt.de), [www.bvkt.de](http://www.bvkt.de)